

Öffentliche



Zeitungs- und Kurzzettel

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verleger, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Harzberg, Verleger: Redakteur (in Auss.) Handwerker Carl Wiese, Berlin. Druck: Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Döberitz (A 7) 261-262 für den Fernverkehr Amt Nachsch. 192-200. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbeckenkonto Berlin 668

Die Großdeutschen gegen ihren Minister

Gemurrel in Madrid

Dinghofer zurückgetreten

Nachrichtendienst der 'Öffentlichen Zeitung'

Ein holländische Meldung bringt: Der Großdeutsche Abgeordnetentag hat in Besatz seines getrennt aber abgelehnt Beschlusses den in Ratibad zur Rat wendigen Justizminister Dinghofer telegraphisch aufgefördert, nach Wien zu kommen, um dem Abm. Abklärungen über die Einsetzung des Justizministeriums zu geben. Die Auslieferung Bela Kahun aus Ungarn abzulehnen. Seine Mitlang hat aus Reichsland die Zustimmung Dr. Dinghofers ein, daß er seine Rue nicht unterbreche werde, sondern seine Demission geben; hierauf mag die Parteiliste den Bundesanleger Dr. Geipel verhandeln. Der Dinnam der Partei Dr. Woltau mag sich gleich zu Dr. Geipel, um ihm von dem Befehl Dr. Dinghofers Mitteilung zu geben. Bundesanleger Dr. Geipel hat für heute nachmittag einen Ministerrat einberufen. Im Parlament ist man der Auffassung, daß die Demission Dr. Dinghofers keine Folgerung haben werde.

Vor einigen Monaten erregte die Ernennung Dr. Dinghofers zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Aufsehen, da zugleich mitgeteilt wurde, daß er auch wieder Justizminister bleiben würde. Dr. Dinghofer hat nun zwar das Präsidium beim Obersten Gerichtshof wieder nicht angenommen, sondern sich zurückziehen lassen. Er äußert protestieren man in österreichischen juristischen Kreisen gegen den Zustand der Doppelfunktion, da eine föderale Trennung zwischen Justizverwaltung und Rechtspflege aufrechtzuerhalten bleiben müßte.

Der vorletzte Präsident des Obersten Gerichtshofes, der frühere Justizminister Dr. Heller, hatte, als die neue österreichische Republik ihm zum Einzelminister für Justiz beehren hatte, es abgelehnt, zugleich auch das Präsidium beim Obersten Gerichtshof zu führen. Jetzt wird Dr. Dinghofer sein Amt beim Obersten Gerichtshof antreten.

Die unklare Zeit, in der ihm seine eigene Partei hierzu zündet, hat tiefste politische Gründe. Unter den Großdeutschen herrscht seit langem Unzufriedenheit mit ihrer Führung, der sie zwar Raumpolitik vorzieht. Die bürgerlichen Nationalisten verlangen innerhalb der Großdeutschen, großdeutschen und landwirtschaflichen Angelegenheiten ein einheitliches Betonen des großdeutschen Standpunktes. Die bürgerlichen Nationalisten fordern die Großdeutschen vorzuziehen, wor in den letzten Wochen schon eine gewisse Verschiebung in der Haltung des Bundesanlegers Dr. Geipel bemerkbar. Er hat Erklärungen abgegeben, die die Großdeutschen ihnen einbringen befehligen. Er hat im Nationalrat bei der Annahme der Reichswehrvertragsverordnung das Zusammenwirken mit der österreichischen Regierung abgelehnt und die Einseitigkeit angenommen festgestellt. Diese wurde in einer einstimmig angenommenen Erklärung unterzeichnet. Dr. Geipel hat den nach in seinem Österreich nicht, daß Österreich niemals in irgendeine Kombination eintreten würde, die Deutschland auslösche, und er hat betont, alle seine Arbeit, daß Österreich seine Arbeiten zur Angleichung seiner Staaten ermöglicht werden.

Die Stellungnahme der Großdeutschen Partei ist in Anbetracht der Erklärungen der Außenminister der Kleinen Entente in Zukunft für die Politik, die im Nationalrat und von der Regierung befolgt werden soll, von großer politischer Bedeutung. Der äußere Erfolg der Parteistellung nach, um Dinghofer im Fall zu bringen, war notwendig. Aber mehr es dem Justizminister Dinghofer zum Vorwurf, daß er entgegen der Meinung des Bundesanlegers und des Oberlandesgerichts, die sich nach dem juristischen Standpunkt richteten, Bela Kahun aus politischen Gründen nicht an Ungarn ausliefern wollte. Die Großdeutsche Parteipolitik hat nun aber keineswegs verlangt, daß der Justizminister auf seinen Standpunkt verhalte. Bela Kahun wird nicht an Ungarn ausgeliefert werden, aber bei dieser Gelegenheit sollte auch dargelegt werden, daß Justizverwaltung und Oberst zwei verschiedene Dinge sein müssen.

Die Haltung der Großdeutschen Parteipolitik bedeutet aber auch für Bundesanleger Dr. Geipel eine schwere Belastung; denn Dr. Dinghofer hat gewiß in der Affäre Bela Kahun nicht ohne Rücksicht auf den Bundesanleger das Auslieferungsgesetz Ungarns abgelehnt haben.

Sehr auffällig ist es, daß aus dem großdeutschen Lager selbst der erste Angriff gegen Dinghofer erfolgt ist. Mitglieder der dem erregunges Würdiz Dinghofers war der erste Angriff sein, der die Regierung Dr. Geipel trifft. Es wird gegen den großdeutschen Finanzminister Dr. Riebenfeld immer härtere Vorwürfe aus den Ländern getrieben werden, könnte sich die heilige Zeitlinie in eine Schmelzlinie verwandeln.

Bela Kahun vor den Richtern.

Nachrichtendienst der 'Öffentlichen Zeitung'

Der dem Wiener Schöffengericht bezugs heute der Prozess gegen den gemeinsamen ungarischen Volkskommissar Bela Kahun, der am 2. April dieses Jahres zusammen mit seinem Komplizen Georg Raxerhofer und einer Gängerin Ilona Frezza unter dem falschen Namen eines Ingenieurs Wogner verhaftet wurde.

Der Prozess ereignet in Wien größtes politisches Interesse, doch lauten von den politischen Kreisläutern nur ganz wenige in das Gerichtshaus geschallen. Die schärfsten Sicherheitsmaßnahmen wurden durchgeführt; jeder, der mit einer Einlasskarte versehen, das Sitzungssaal betreten wollte, mußte sich einer förmlichen Untersuchung unterziehen, da man befürchtete, es könne auf Bela Kahun ein Attentat verübt werden. Aufschüchtlig Rechtsanwältin und Verteidigerin gelangten in den letzten Schöffengerichtssaal, der zwischen 70-80 Personen faßt.

Der einzige Richter des roten Unpartei und seine beiden Mitbeschuldigten wurden von acht Justizoffizieren auf die Anklagebank geführt. Bela Kahun ist etwas geläutert. Der unterleibliche, etwas tollpöhlige Mann mit dem lufthigen dunklen Schurzrock war etwas klug und nervös, als die Verlesung der beiden Anklagepunkte begann. Zunächst gesprochen fanden er und seine beiden Kollegen unter einer Justizhose, die aus dem federnden Abfänger erklärlich ist.

Von Mariano Palfange, Sonderberichterstatter der 'Öffentlichen Zeitung'

* Madrid, Mitte Juni.

Primo de Rivera, der spanische Diktator, an dessen ungehöriger Ehrlichkeit und Unbelehrtheit auch nicht die geringsten Zweifel geäußert sind, hat in diesen Tagen die erste wirklich höhere Enttäuschung seit seinem Amtsantritt erlebt. Es hat genügt, daß er sich einige Tage zu Bett legen mußte, es hat genügt, daß sein jüngerer Vorgesetzener mit dem früheren Vizepräsidenten des spanischen Reiches und dem spanischen Reichspräsidenten, wie aus einem allem fähigen Traum wahrgetrieben, der niedrigen Realität der Dinge (wie sie nun Unabwendbar, Unklarheit, Neid oder sonstige helfen) erschreckend bemerkt wurde.

Wie sich für den General noch nur zwei Momente alles so ruhig und konventionellsten aus dem man auch hervorgeht, hat Politiken und Unzufriedenheit, im Norden und im Süden des Landes, alles lösen für ihn zum besten zu stehen. Er hatte sein Regime aufgebaut auf einer Selbstmitleid, die die politische Realität der Verhältnisse und der Selbstmitleidigkeit erreicht hatte und die es mittels beinahe alle einen Segen empfand, nicht mehr wie bisher gegen ihren Willen in der Partei sein und haben hineingreifen zu werden. Er hatte, als er von Barcelona nach Madrid eilte, die in die inneren Angelegenheiten fremder Nationen, aber weniger empfindlich, sein Regiment als ein reich vererbte beizubehalten; als er dem spanischen Volk ein Regimes regierte von neun Monaten vorwärts, glaubte er nachfolgend selbst an die Rolle Spiel, als die verlassenen werden mußte, nahm es ihm niemand ernstlich übel; seine Fremde nicht, die allen Streitigkeiten davon hatten, wenn er blieb, und seine Gegner noch weniger, deren Sympathien nicht so recht wackelnd werden konnte. Außerdem war es von einem Streit für, daß der Diktator, während und solange er sich bemühte, nicht zurücktreten durfte.

Er hat sich bewährt. Freund und Feind stimmen darin überein. Die ausländischen Mächte haben ihn wohl alle ohne Ausnahme unterstellt. Man nicht sich beklammeln in die inneren Angelegenheiten fremder Nationen, aber jedes kann, in dem Ruhe und Ordnung herrschen, fraglich die allgemeine Ordnung Europas. Der Mangel an nachlässigen, fremde Kreise können fänden, ausgenutzten Zielen, man die Gemächnisse der vertriebenen Selbstmitleidigen für das Madrid Primo de Riveros nur aufzurichten. Jede Woche im Jahr. Immer noch aufrecht sich selbst gegenüber, wenn auch schon vorübergehend, verwandelt Primo die Militär-Diktatur in die Zivilverwaltung. Aber die Wrede, die ihn nun begangen werden, bereits wesentlich wichtiger, denn die ersten oberflächlichen Ordnungsprobleme, das es sich gestellt hat. Das Prinzip des Systems mußte nun aus psychologischen beruhen werden. Das Volk mußte nun gewonnen werden. Es ließ das Volk abstimmen. Er geriet damit in den ersten Abwehrkampf zu sich selbst. Das Ergebnis war unangenehm und befremdend, aber es war da. Als es Primo die Illusionen wirklich täuschen können? Hat er wirklich an die Willen stimmen gelohnt? Will man das glauben, wie man es seine persönliche Zufriedenheit glaubt, so möchte man ihn behaupten. Aus der Volksabstimmung wurde die Nationalverammlung, deren Aufgabe darin bestehen sollte, Spanien die neue Verfassung zu geben. Die neue Verfassung ist fertig und beinahe fertig. Die neue Verfassung ist aber überaus: Stärkung der Volkssouveränität und Schwächung des Parlamentes. Eine neue Volksabstimmung soll den endgültigen Beschluß bringen.

Parlamentäre Erklärungen des Regierungsoffiziers über die Wrede der Regierungspresse die langen Ausführungen, die Primo de Rivera dieser Tage nach dem Krankenlager aus einem Redakteur der offiziellen Regierungspresse in die Feder fließen. Es waren lange Epochen, die im Grunde gar nichts Neues legten, wenigstens nicht dem spanischen Bürger, der aus der genutzten Verfassung nicht erfahren hatte, welche Überdichte in der letzten Zeit in aktualisieren begonnen hatten. Der Diktator weiß freilich von den ursprünglichen neunzig Tagen nicht mehr, jetzt ist für den Bestimmung der nach hat die Wrede, es wird seine Dauer nicht nach Jahren, sondern nach Monaten, Jahren, und nicht er wird nicht, aber das wird an der Woche selbst nichts ändern. So war es schon gefahren. Warum soll das nun heute eine Cession sein, fragt sich der Bürger, wie in dem Unangenehm, aber nicht in dem Unangenehm. Am Grunde etwas fest Einfaches und Realistisches: Jede Diktatur hat sich überlebt, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt hat. Zunächst erreicht hat die Möglichkeit des Paradoxen, daß eine Diktatur nicht nur in einem politischen fortgeschrittenen Lande von längerer Dauer sein darf, sondern nur in einem solchen Lande die Menschen politisch begreifen können, es ist nicht fähig fernzusehen die Welt, wenn sie nicht in einem Lande die Gleichgültigkeit der Wrede, die die Diktatur nicht mehr macht, die Diktatur nicht mehr machen kann. Ferner ist nicht über die Gleichgültigkeit der Wrede ein Begriff, der nicht über ein

Dieterich-Baden Ernährungsminister

Der Abgeordnete Müller-Brandt hat heute vormittag seine Bemerkungen über die Stellung des Rabbinats fortgesetzt. Er hat zunächst den demokratischen Abgeordneten Dr. Dietrich-Baden empfangen um ihm das Ernährungsministerium anzuweisen. Dieser hat sich bereit erklärt, diesen Vorschlag anzunehmen. Reinen Beschluß hat Hermann Müller-Brandt von den Zentrumsgesandten erhalten, die er für das Rabbinat in Aussicht genommen hat. In der Zentrumsfraktion finden noch fortwährend Beratungen statt, in denen die Verfassungen befragt werden. Man hört, daß Dr. Müller erklärt hat, nicht in das Rabbinat einzutreten zu wollen, wenn er nicht das Ministerium belegen könnte und die Bischofsfrage erfüllt. Hermann Müller hat sich, wie schon berichtet, entschlossen, überhaupt von der Ernennung eines Ministers zum Rabbinat abzusehen. Man rechnet im Reichstag jetzt damit, daß neben Dr. Brauns der das Arbeitsministerium behält, zum Zentrum der Abgeord-

nerte u. Cuzack das Ministerium der besetzten Gebiete übernimmt und daß außerdem das Justizministerium mit einem Zentrumsgesandten besetzt wird. Laufen die Dinge so, dann würde der Reichsminister zum Rabbinat ernannt werden, was dem demokratischen Abgeordneten Robert Schmidt befehl war, nachdem die vorher in Aussicht genommenen Abgeordneten Zeit und Mühe abgelaufen haben. Robert Schmidt war freizeiglich Reichstagsminister.

Wied der Wp. u. Cuzack Minister der besetzten Gebiete, so dürfte es auf eine Umwertung dieses Ministeriums drängen. Es soll nach dem Wunsch des bisherigen Zentrumsführers ein Ministerium der besetzten Gebiete eingerichtet werden, so daß die Organisations im Osten einbezogen werden, indem die in der letzten Zeit immer härter hervortretenden Ereignisse bei der staatlichen Unterdrückung der westlichen und östlichen Organisations einen besseren Ausgleich finden können.